

Rund ums Rathaus

SPD: Falsche Federn der Grünen

MÜNSTER. Gute Neuigkeiten seien das, schreibt die SPD, zur Nachricht, dass alle freien Träger, die Projekte und Aufgaben im Sinne der Stadt übernehmen, mit einer regelmäßigen Steigerung der städtischen Zuschüsse rechnen können, damit sie ihr Personal angemessen und nach Tarif bezahlen können. „Das gilt insbesondere auch für solche Träger, die im Bereich der Gleichstellungsförderung wichtige Arbeit leisten“, freut sich Anne Schulze Wintzler, gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, über einen entsprechenden Vorschlag der Verwaltung. „Was aber nicht geht, ist, dass sich die Fraktion der Grünen diesen Erfolg jetzt auf die



Anne Schulze Wintzler

Fahnen schreibt. Ganz im Gegenteil: Einen entsprechenden Antrag unserer Fraktion zu den letzten Haushaltsberatungen haben Grüne und CDU abgelehnt, um dann später lediglich eine Prüfung der jährlichen Kosten für eine Anpassung der Zuschüsse anzuregen“, stellt Schulze Wintzler klar.

Pieper referiert zu Europa

MÜNSTER. Die Vereinigungen der CDU Münster laden am heutigen Donnerstag (14. Februar) zu einer Veranstaltung zum Thema „Europa wohin?“ ein. Europaabgeordneter Dr. Markus Pieper wird auf die

jetzige europäische Situation eingehen und diese in einer anschließenden Diskussion noch einmal aufgreifen. Beginn der Veranstaltung ist um 19.30 Uhr im Segelclub Münster, Annette-Allee 7.

Zwei neue Mitglieder im Rat



Oberbürgermeister Markus Lewe begrüßte am Mittwochabend im Rat zwei neue Ratsmitglieder, Dr. Maria Becker für die CDU und Mustafa Schat für die SPD. Becker tritt die Nachfolge des verstorbenen Georg Fehlauer an, Schat ist Nachfolger des ausgeschiedenen SPD-Ratsmann Robert von Olberg. Dem Rat gehören 72 Politiker aus neun Parteien an: CDU, SPD, Grüne, Linke, FDP, AfD, Piraten, ÖDP und UWG. Lewe als hauptamtlicher Oberbürgermeister ist das 73. Ratsmitglied. Fotos: Ahlke

Grüne: Studierende statt Büros

MÜNSTER. „Studierende sollen ins alte Finanzamt an der Münzstraße ziehen, Institute der WWU können auch in anderen Gebäuden untergebracht werden“, betont GAL-Ratsfrau Dr. Rita Stein-Redent, in ihrer Fraktion zuständig für Wohnungspolitik. Die Ratsfraktion unterstützt damit den Asta der WWU, der mehr Platz für studentisches Wohnen fordert. „Wir haben kein Verständ-

nis für die Absichten des Landes, das alte Finanzamt wieder für Büroarbeitsplätze zu nutzen. Studierende haben so große Wohnungsprobleme in der Stadt Münster, dass jede Gelegenheit für die Bereitstellung zusätzlichen Wohnraumes genutzt werden muss, vor allem in dieser innerstädtischen Lage“, machte Stein-Redent die Position ihrer Fraktion jetzt deutlich.

Jusos begrüßen SPD-Pläne

MÜNSTER. Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner Jahresauftaktklausur am Sonntag ein erstes Konzeptpapier für den Sozialstaat 2025 beschlossen. Diese Pläne zur Sozialstaatsreform stoßen bei den Jusos Münster auf grundsätzliche Zustimmung, denn: „Damit rückt das Ende des Hartz IV-Systems in greifbare Nähe. Dass Menschen nun nicht mehr Bittsteller, sondern Bürger mit sozialen Rechten sein sollen, ist in Sachen inhaltlicher Parteierneuerung ein wichtiger Schritt und kann zu einem Befreiungsschlag für die SPD werden. Für diesen braucht es allerdings noch einige Nachschärfungen“,

so Niklas Gödde, Sprecher der Jusos Münster. Nach den Plänen, die am vergangenen Sonntag beschlossen wurden, sollen unter anderem die Bezugsdauer des ALG I ausgeweitet, Sanktionen grundsätzlich überdacht und die Sondersanktionen für unter 25-jährige abgeschafft werden. „Als Instrumente gegen Armut müssen die Regelsätze erhöht werden und die Sanktionen ganz wegfallen. Am Existenzminimum lebenden Menschen weitere Leistungen zu kürzen, führt sie in die Armutsspirale. Das ist gerade bei jungen Menschen der Fall“, ergänzt Lia Kirsch, stellvertretende Sprecherin.

Ministerpräsident kommt zum Kramerahl: Land verfolgt Musikcampus-Pläne

Laschet sieht Stadt und Uni am Zug



NRW-Ministerpräsident Armin Laschet äußerte im Interview mit unserer Zeitung unter anderem Verständnis für die Forderungen des Universitätsklinikums nach mehr Fördergeldern aus Düsseldorf. Foto: Ralph Sondermann

DÜSSELDORF/MÜNSTER. Das gibt es auch beim Kramerahl nicht oft: Bei der Traditionsveranstaltung des Vereins der Kaufmannschaft zu Münster von 1835 hat in diesem Jahr der nordrhein-westfälische Ministerpräsident zugesagt: Armin Laschet hält am Freitag die Festrede im Rathaus. Im Interview mit unserer Zeitung bezog der CDU-Politiker Stellung zu großen Münster-Themen – und natürlich auch zur Hauptspeise des Kramerahls, dem Grünkohl. Die Fragen an den NRW-Ministerpräsidenten, der zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU ist, stellen unsere Redaktionsmitglieder Norbert Tiemann und Ralf Repöhl.

Hittorfstraße?

Laschet: Das Projekt eines gemeinsamen Musikcampus, der die Bedarfe der WWU-Musikhochschule, des städtischen Sinfonieorchesters und der Westfälischen Schule für Musik abdeckt und zusätzlich noch ein modernes Tagungs- und Konferenzzentrum bietet, verfolgt die Landesregierung schon seit längerer Zeit. Derzeit befindet sich das Projekt noch in der Konzeptphase. Die zuständige Ministerin für Kultur und Wissenschaft, Isabel Pfeiffer-Poensgen, hat sich bei einem Besuch in Münster Anfang des Jahres über den aktuellen Stand informiert.

Wie beurteilen Sie die gemeinsamen Pläne von Stadt und Universität für einen Musikcampus an der Hittorfstraße?

Wie beurteilen Sie die gemeinsamen Pläne von Stadt und Universität für einen Musikcampus an der Hittorfstraße?

Laschet: Jetzt sind zunächst Universität und Stadt am Zug, um ein konkretes Nutzungs- und Betreiberkonzept vorzulegen, das Transparenz, Kostenklarheit und Planungssicherheit schafft.

Das Uniklinikum Münster appelliert nicht zum ersten Mal, dass millionenschwere Fördermittel fehlen, um den Umbau zu einem modernen Krankenhaus zu ermöglichen.

Laschet: Das Universitätsklinikum Münster genießt national wie international einen sehr guten Ruf. Dazu gehören natürlich auch eine moderne Ausstattung und ausreichende Bettenkapazitäten in entsprechender Qualität. Der Bedarf nach weiteren Baumitteln ist daher sicher berechtigt. Auch aus Sicht des Landes ist die

Innensanierung der beiden Bettentürme notwendig, als ebenso sinnvoll wird der Bau des Neuen Operativen Zentrums erachtet. Deshalb will die Landesregierung schon in diesem Jahr die ersten Haushaltsmittel für vorbereitende Arbeiten und Planungsleistungen für diese Maßnahme bereitstellen. Das zuständige Ministerium für Kultur und Wissenschaft ist mit dem UKM über die Detailfragen in engem Austausch.

Freuen Sie sich auf das Kramerahl – und geht es anschließend für den Ministerpräsidenten noch zu Stuhlmacher auf ein Bier?

Laschet: Der legendäre „Stuhlmacher“, wo schon Konrad Adenauer einkehrte, gehört für mich zum Kernbestand Münsters. Wenn am Abend des Kramerahls

noch Zeit für einen Absacker bliebe, würde ich gern dort vorbeischaun. Auf das Kramerahl des Vereins der Kaufmannschaft zu Münster freue ich mich sehr. Es ist mir eine große Ehre, die traditionelle Zeremonie als Ehrengast erleben zu dürfen.

Wie halten Sie es als frühere Mitglied der Pizza-Connection mit Grünkohl mit Mettwurst und Stippmilch mit Schwarzbrot?

Laschet: Es ist wichtig, dass bei uns in Nordrhein-Westfalen solche Traditionen lebendig gehalten werden. Und gerade Grünkohl mit Mettwurst und zum Nachtisch Stippmilch mit Schwarzbrot – auch dafür lohnt sich jeder Besuch in Münster – dürfen nicht fehlen. Beides sind gute und bodenständige Gerichte aus der Region, die ich sehr mag.

Aus der Ratssitzung am Mittwochabend

Stadtbaurat informiert den Rat über juristisches Desaster Hafencenter: Bisher keine Schadensersatzforderung

Von Klaus Baumeister

MÜNSTER. Der Tagesordnungspunkt „Eingänge und Mitteilung“ erfreut sich in Ratssitzungen selten einer besonderen Aufmerksamkeit. Das war am Mittwochabend gänzlich anders, denn Stadtbaurat Robin Denstorff referierte über die heftige juristische Niederlage, die die Stadt Münster im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben Hafencenter einstecken musste. Bekanntlich hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster einen Baustopp für das Millionenprojekt am Hansaring erwirkt.

Ausgesprochen ruhig war es im Rathausfestsaal, als Denstorff festhielt, dass das OVG „schwerwiegende Fehler“ in der von der Stadt Münster durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfung entdeckt habe und jetzt eine Situation eingetreten sei, „die nicht trivial ist“. Wie ein roter Faden ziehe sich durch die gerichtliche Bewertung die Theodor-



Robin Denstorff informierte die Ratsmitglieder über den Sachstand zum Hafencenter. Foto: ah

Scheiwe-Straße beziehungsweise die von der Stadt Münster unterlassene Aufarbeitung der Frage, wie sich die Schließung dieser privaten Straße auf das Verkehrsgeschehen im Hafenviertel auswirke, so Denstorff weiter.

Auf Anfrage des SPD-Fraktionschefs Dr. Michael Jung erklärte der Stadtbaurat, dass bislang keine Schadensersatzforderung des Inves-

tors vorliege. „Auszuschließen ist das aber nicht.“

Zum Hintergrund: Im Mai 2016 erteilte die Stadt dem Bauherrn einen positiven Bauvorbescheid, auf dessen Basis dann auch bis zum 1. Februar, dem Tag des OVG-Beschlusses, die Bauarbeiten durchgeführt wurden.

Denstorff ließ auch keinen Zweifel daran, dass der Baustopp nur auf der Grundlage eines neuen, „geheilten“ Bebauungsplanes aufgehoben werden könne. Das setzt entsprechende Ratsbeschlüsse voraus. Ob es dafür eine Mehrheit im Rat gibt, ist bislang unklar.

Oberbürgermeister Markus Lewe appellierte an die Ratsmitglieder, in den kommenden Monaten ihrer Verantwortung gegenüber den Investoren gerecht zu werden. Selbstkritisch räumte Lewe aber auch ein: „Die Stadtverwaltung hat den Bebauungsplan nach bestem Wissen und Gewissen vorbereitet. Wir müssen anerkennen, dass dies nicht ausreichend war.“

Ratsdebatte über steigende Busfahrpreise Ist die kritische Grenze erreicht?

MÜNSTER. Um mit der bloßen Nachricht anzufangen: Mit breiter Mehrheit beschloss der Rat der Stadt Münster am Mittwochabend, die Preise für den öffentlichen Nahverkehr in Münster zum 1. August um 2,9 Prozent zu erhöhen. Der Entscheidungsspielraum in dieser Frage ist denkbar gering, weil die Tarifstruktur für Busse und Bahnen in Münster Teil des Westfalentarif sind.

Gleichwohl gab es eine lebhaftere Debatte, da die Preise nach Ansicht des SPD-Fraktionschefs Dr. Michael Jung inzwischen eine „kritische Grenze“ erreicht haben. Der Anreiz, vom Auto auf den Bus umzusteigen, sinke kontinuierlich.

CDU-Fraktionschef Stefan Weber hielt dem entgegen, dass es die SPD gewesen sei, die sich für eine Höhergruppierung vieler Stadtwerkebusfahrer eingesetzt habe. „Jetzt folgt die Rechnung.“ Zum Hintergrund: Jahrelang war ein Teil der Busfahrer in einem Tochterunternehmen

angestellt und verdiente dort weniger. Jetzt sind alle Busfahrer wieder unmittelbar bei den Stadtwerken beschäftigt.

Jung erwiderte, dass diese Änderung, die von der SPD ausdrücklich begrüßt werde, mit 420 000 Euro zu Buche schlage. Das sei aber nur ein Bruchteil der eingerechneten Mehrkosten.

Angesichts von inzwischen 45 Millionen Fahrgästen im Jahr konnte der GAL-Ratsherr Gerhard Jokscher vermeintlich abschreckenden Wirkung der Busfahrpreise nichts abgewinnen. Weitere Steigerungen bei den Fahrgastzahlen seien vielmehr davon abhängig, ob es gelinge, ein schnelleres Vorankommen zu erreichen. Jokscher forderte nachdrücklich neue Busspuren.

Der CDU-Ratsherr Walter von Göwels wies auf eine wesentliche Verbesserung hin: Das vielgenutzte 9-Uhr-Ticket gebe es mit der Tarifumstellung bereits ab 8 Uhr. Überdies bleibe der Preis für das Job-Ticket konstant.